

24<sub>2010</sub>

# polylog

ZEITSCHRIFT FÜR INTERKULTURELLES PHILOSOPHIEREN

## ÜBERSETZEN



Mit Beiträgen von ANANI AMALADASS SJ, ERINOLUWA O.  
ODIWOLE, KWASI WIDYU, BIANCA BOTEVA-RICHTER,  
FRANZ MARTIN WIMMER, ENRIQUE DUSSEL, THOMAS  
FORNET-PONNE, RADOSTIN KALDIANOV, URSILA BAATZ,  
FRANZ GÄJNER-PRANZI  
und anderen

SONDERDRUCK



5

ANAND AMALADASS SJ

*Übersetzer sind interkulturelle Vermittler*

17

EBUNOLUWA O. ODUWOLE

*Sprache und die Authentizität der afrikanischen Philosophie*

29

KWASI WIREDU IM GESPRÄCH

*über afrikanische Philosophie, interkulturelles Übersetzen und Aufgaben der (interkulturellen) Philosophie. Das Interview für polylog führten Stefan Skupien und Britta Saal*

37

BIANCA BOTEVA-RICHTER &  
FRANZ MARTIN WIMMER

*Stille Post – ein Experiment*

43

ANAND AMALADASS & URSULA BAATZ

*Raimon Panikkar (1918–2010)*

*Ein Nachruf*

47

ENRIQUE DUSSEL

*Eine neue Epoche in der Geschichte der Philosophie:  
Der Weltdialog zwischen philosophischen Traditionen*

65

THOMAS FORNET-PONSE

*Universalität und Kontextualität*

*Xavier Zubiri und Ignacio Ellacuría zur Einheit der Realität*

81

RADOSTIN KALOIANOV

*Multikulturalismus und Kritik*

98

FRANZ GMAINER-PRANZL

*Ζῶον πολύλογον ἔχον*

*Laudatio zur Verleihung des »großen Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst« an Franz Martin Wimmer*

104

REZENSIONEN & TIPPS

120

IMPRESSUM

132

POLYLOG BESTELLEN

RADOSTIN KALOIANOV

## Multikulturalismus und Kritik

»Wir wollen keine Parallelgesellschaften«<sup>1</sup> ist eine des Öfteren zu vernehmende Kampfansage, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Richtung einer gespenstig flüssigen und dehnbaren Konstellation an Daten, Mythen, Einstellungen und Entwicklungen getätigt wird und die am häufigsten mit dem Stichwort »Multikulturalismus« verbunden ist. Aber berechtigt Multikulturalismus zur Besorgnis und zur Aufregung? Dieser Aufsatz sucht Antworten auf die Fragen: was ist Multikulturalismus, wozu ist der Multikulturalismus gut und was wird (oder wird nicht) berechtigterweise am Multikulturalismus zum Gegenstand von Kritik?

---

### I. MULTIKULTURALISMUS

---

»Multikulturalismus« ist einer der am meisten verwendeten Begriffen in den integrations-theoretischen und -politischen Debatten im letzten Jahrzehnt. Dabei ist der Begriff in den verschiedenen Ländern Europas unterschiedlich intensiv im Umlauf. So kann in Großbritannien von öffentlichen wie theoretischen Diskussionen zu Multikulturalismus die Rede sein, während im deutschsprachigen Raum noch nicht von einer Zentrierung von Integrationsdebatten auf das Vokabular und die Problematik des Multikulturalismus gesprochen werden kann.<sup>2</sup> Steven Vertovec und

RADOSTIN KALOIANOV forscht am Institut für Konfliktforschung in Wien

---

<sup>1</sup> Titel eines Interview mit dem österreichischen Außenminister Michael Spindelegger (Der Standard 2010).

---

<sup>2</sup> Ein Blick auf Amazon (mit Stand 4.2.2009) zeigt, dass 67 deutschsprachigen Titel 28 258 englischsprachige Titeln gegenüberstehen, die in irgendeiner Form (als Thema, Subthema, Nennung, Verweis, Zitat etc.) mit dem Stichwort »Multikulturalismus« in Verbindung stehen. Dieses Ergebnis hat bestimmt

Susanne Wessendorf identifizieren fünf Anwendungsdimensionen des Begriffs »Multikulturalismus«: »(...) multiculturalism can variously be understood as I) a way of describing the actual makeup of a society; II) a general vision of the way government and society should orient itself; III) a specific set of policy tools for accommodating minority cultural practices; IV) specially created frameworks of governance allowing for the representation of immigrant and ethnic minority interests; and V) a variety of support mechanisms and funds for assisting ethnic minority communities to celebrate and reproduce their traditions.« (Vertovec/Wessendorf 2005, S. 3 ff.). Als beispielhaft für das Bestreben nach Eindeutigkeit können die Definitionsversuche von Will Kymlicka und Rainer Bauböck herausgegriffen werden: »liberal multiculturalism is the view that states should not only uphold the familiar set of common civil, political, and social rights of citizenship that are protected in all constitutional liberal democracies, but also adopt various group-specific rights or policies that are intended to recognize and accommodate the distinctive identities and aspirations of ethnocultural groups« (Kymlicka 2007, S. 61) und »Multiculturalism regards the coexis-

nicht nur damit zu tun, dass Englisch die Weltsprache der Sozialforschung ist. Dieses Ergebnis verweist auf Unterschiede der Schwellen der Aufmerksamkeit, der Artikulation und der argumentativen Auseinandersetzung mit der Problematik des Multikulturalismus. Kurz und kritisch zur Karriere des Multikulturalismusbegriff in Deutschland siehe den Online-Beitrag von Serhat Karakayali (<http://www.kanak-attak.de/ka/text/caprifischer.html>).

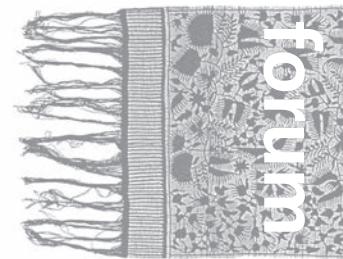
tence of distinct cultural groups in a society as a positive value that should be supported by public policies« (Bauböck 2006, S. 382).

Solche Definitionsversuche beleuchten den politischen Charakter von Multikulturalismus im Gegensatz zur Annahme, dass mit dem »Multikulturalismus« nur ein theoretisch inspirierter Wunschzettel gemeint sein könnte. Der Terminus »*Multiculturalism*« wurde vom Chicagoer Forschungskollektiv Chicago Cultural Studies Group eingeführt als kritischer Gegenentwurf zu traditionellen liberalen Strategien im Umgang mit sozialer Differenz (CCSG 1994).<sup>3</sup> Diesen Strategien ist die Erwartung gemeinsam, dass kulturelle Differenzen in einer rechtsstaatlich und liberal-demokratisch organisierten Gesellschaft, die sich in ihrer politischen Gestaltung, sozio-ökonomischen Organisation und ihrem kulturellen Selbstverständnis nach universalen Prinzipien ausrichtet, öffentlich irrelevant sind (und sein sollen) und Privatsache sind (und bleiben sollen). Solchen Assimilationserwartungen wird dann die Theorie und Politik des Multikulturalismus als bewusster Kontrapunkt entgegengesetzt.

Diverse wissenschaftsgeschichtliche, ideengeschichtliche und historische Ereignisse und Prozesse tragen zur Neuausrichtung der Politikgestaltung bei. Zu diesen Faktoren zählen die WissenschaftlerInnen der Chicago Cultural Studies Group »the permeability of any locale in the age of global economy, imperial networks of knowledge, environmental crisis,

<sup>3</sup> Erstveröffentlichung in *Critical Inquiry* 18, Spring 1992, S. 530–555.

Der Terminus »*Multiculturalism*« wurde 1994 vom Chicagoer Forschungskollektiv CCSG eingeführt als kritischer Gegenentwurf zu traditionellen liberalen Strategien im Umgang mit sozialer Differenz.



the end of the cold war, European integration, and the growth of the Pacific rim«. Respektive wird »multiculturalism« als »response to these New World conditions and to the Bush-era rhetoric of the ›New World Order‹ which is designed to stabilize them« (CCSG 1994: 114) begriffen. Auch Jeff Spinner-Halev analysiert das Aufkommen der Agenda des Multikulturalismus in den späten 1980er Jahren im Zusammenhang mit dem wiedererwachten Nationalismus in Osteuropa, der Anziehungskraft kommunitaristischen Gedankenguts, der wachsenden Einwanderung muslimischer Bevölkerungsgruppen seit den 1970er Jahren nach Westeuropa sowie der politischen Aktivität von religiösen Konservativen in den USA in den 1980er Jahren (Spinner-Halev 2008: 546).

Mit Politik des Multikulturalismus sind Politiken gemeint, welche das Faktum gesellschaftlicher Multikulturalität – also das Faktum, dass in den gegenwärtigen liberaldemokratischen Gesellschaften des Westens Personen und Gruppen mit verschiedener Herkunft, Sprache, Kultur oder Religion zusammenleben – in einem institutionell-politischen Zustand überführen. Als notwendig erweist sich die Überführung der gesellschaftlichen Multikulturalität in einen politischen Zustand von Multikulturalismus zumindest deshalb, weil unter den sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen moderner und spätmoderner Gesellschaften Schlüsselemente sozialer Reproduktion wie Gruppenidentität, Sprache, Kultur, die nur mit einer öffentlichen Dimension existieren

können, einer staatlich-politischen Garantie oder wenigstens Unterstützung bedürfen. Mit diesem Definitionsvorschlag sind die drei zentralen Dimensionen des politischen Multikulturalismus angesprochen: die epistemologische, die normative und die politik-praktische.

Vom Standpunkt des Multikulturalismus aus betrachtet sind »multicultural societies (...) subdivided into groups defined by cultural markers, especially language, religion, ethnic origin or distinct ways of life« (Bauböck 2006: 382).

Mit Bezug auf diese epistemologische Ebene des Multikulturalismus unterscheidet David Hollinger im US-amerikanischen Kontext zwischen pluralistischem und kosmopolistischem Multikulturalismus. Der Pluralismus verfolgt eine gruppen-zentrierte politische Epistemologie, geht von einer Leitkultur oder dominanten Gruppe aus, die alle restlichen toleriert, und hebt die Grenzen zwischen den Gruppen hervor. Der Kosmopolitismus erschließt die gesellschaftliche Vielfalt von einem individuenzentrierten Standpunkt aus, zeigt sich gleichermaßen offen gegenüber allen Kulturen und Gruppen und zelebriert die Zugehörigkeiten von Individuen zu verschiedenen Gruppen (Hollinger 2006: 85f.).<sup>4</sup>

Wenn der Multikulturalismus von seiner normativen Seite her analysiert wird und die Frage gestellt wird, warum die gesellschaft-

Als notwendig erweist sich die Überführung der gesellschaftlichen Multikulturalität in einen politischen Zustand von Multikulturalismus zumindest deshalb, weil ... Schlüsselemente sozialer Reproduktion wie Gruppenidentität, Sprache, Kultur ... einer staatlich-politischen Garantie oder wenigstens Unterstützung bedürfen.

4 Ausführlicher zu den historischen und ideengeschichtlichen Entwicklungen dieser beiden Strömungen von Multikulturalismus in den USA im 20. Jahrhundert siehe Hollinger 2006: 89ff.



liche Multikulturalität in einem politischen Multikulturalismus überführt werden soll, kann mit Spinner-Halev (2008) zwischen liberalen und kommunitaristischen («non-liberal») Ausprägungen von Multikulturalismus gesprochen werden. Liberale Stellungnahmen für den Multikulturalismus lassen sich unter dem moraltheoretischen Argument subsumieren, dass Kultur förderwürdig ist, weil diese eine Vorbedingung für Selbstrespekt und individuelle Autonomie darstellt (Spinner-Halev 2008: 567). Kommunitaristisch wird der Multikulturalismus verteidigt vor allem aufgrund des intrinsischen (also nicht wie in liberal-theoretisch Theoremen instrumentellen) Wert von Kultur für die persönliche Integrität, für die Identitätsbildung, Sinnstiftung und Welterschließung.

Für eine demokratietheoretische Begründung ist die Überführung der gesellschaftlichen Multikulturalität in ein politisches System des Multikulturalismus insofern zwingend, wie die westlichen liberalen Demokratien repräsentative Demokratien sind und die Legitimität von politischen Normen, Entscheidungen, Handlungen und Institutionen davon abhängt, inwieweit das politische System die Gesellschaft wirklich repräsentiert.<sup>5</sup> Ein politisches System, welches der Gesellschaft nicht Rechnung trägt, deren grundsätzliche Beschaf-

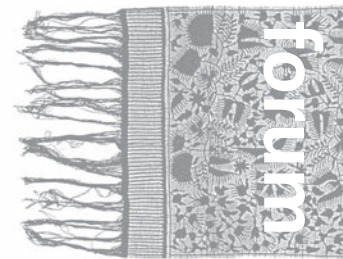
fenheiten – und Multikulturalität, und noch genereller Vielfalt, gehört dazu – ignoriert, ja diese sogar missachtet und unterdrückt, verliert seine Existenzberechtigung. Gerade aber die Repräsentativität ist nicht nur der Antriebsmotor sondern auch der Stolperstein zur politischen Anerkennung und Verankerung von Multikulturalismus. Denn zwischen den verschiedenen kulturellen Gruppen in einer Gesellschaft bestehen nicht nur kulturelle Unterschiede sondern im weitesten Sinne soziale und machtpolitische Differenzen.<sup>6</sup> Gerade das demokratiepolitische Repräsentationsverhältnis stützt Mehrheiten mit genügend politischer Macht aus, um in einem politischen System zu verharren, das die Interessen und Bedürfnisse von Mehrheiten bedient und die Einbindung von Bevölkerungsminderheiten weitgehend zu verhindern weiß. Das demokratische Repräsentationsprinzip bringt die politische Institutionalisierung gesellschaftlicher Multikulturalität in einen *circulus vitiosus*, indem es diese gleichzeitig erfordert und verhindert.

Schließlich können auf der Ebene politischer Praxis verschiedene Spielarten von Multikulturalismus identifiziert werden. Nach den Zielgruppen von multikulturalistischen Politiken schlägt Will Kymlicka

<sup>5</sup> »Repräsentiert« in dem doppelten Sinne einer öffentlich-institutionellen Darstellung der gesellschaftlichen Multikulturalität und einer politisch-aktivistischen (Selbst-)Vertretung der verschiedenen sozialen Gruppen. Ausführlicher dazu siehe die Analyse von Spivak (1988: 276 ff.).

<sup>6</sup> Dazu kommen noch die Risiken und Nebeneffekte des Repräsentationsverhältnisses selbst, die sich aus einer Überführung und Übersetzung von Interessen, Anliegen und Ansprüchen schnell und unmerklich in eine Aneignung («appropriation») oder Beherrschung und Unterdrückung derselben entarten kann (Butler 2000: 36).

Gerade aber die Repräsentativität ist nicht nur der Antriebsmotor sondern auch der Stolperstein zur politischen Anerkennung und Verankerung von Multikulturalismus.



(2007) vor, zwischen Multikulturalismus für indigene Völker und Gruppen<sup>7</sup>, für nationale Minderheiten («substate/minority groups»<sup>8</sup>) und für neuzugewanderte Gruppen («immigrant groups») zu unterscheiden. Banting und Kymlicka schlagen einen Index multikulturalistischer Politik vor, um zwischen »starken«, »moderaten« und »schwachen« Systemen des politischen Multikulturalismus zu unterscheiden und konkrete politik-praktische Fragen und Hypothesen überprüfen zu können.<sup>9</sup>

So zeigt die Analyse von Banting und Kymlicka, dass die Statusverschiedenheiten zwischen indigenen Gruppen, ethnischen Minderheiten und neuzugewanderten Minderheiten sich sowohl auf die normative Begründbarkeit als auch auf die praktische Implementierung

solcher Politiken des Multikulturalismus auswirken. Zum einen können solche Politiken für und von MigrantInnen mit größeren legitimatorischen Schwierigkeiten eingefordert werden (Kymlicka 2007: 79). Zum zweiten lässt sich die Förderung von bilingualem oder muttersprachlichem Unterricht für MigrantInnen, insbesondere in Großmetropolen der »Super-Diversität« (Vertovec 2007) wie Wien, Paris oder London, nur begrenzt und inkonsequent (d. h. nicht für alle Gruppen oder nicht für alle Gruppen in gleichem Ausmaß) umsetzen. Vielmehr umfasst die politische Praxis des Multikulturalismus verschiedene Mixturen von politischen Instrumenten, die je nach nationalem Kontext, rechtlichen und politischen Traditionen, administrativer Organisation, demographischer Situation sowie Status, Größe und Zuschnitt der Zielgruppen angewendet werden. Dabei können sogar gleichlautende Maßnahmen unterschiedliche Effekte und Ergebnisse zeitigen. Unter der »Politik des Multikulturalismus« ist wiederum kein Singular zu verstehen, sondern ein Mosaik an politischen Instrumenten, das je nach Kontext anders geordnet werden kann und das auch offen für Neuansätze ist. Diese prinzipielle Dehnbarkeit macht es auch schwer, den Multikulturalismus als einen klassisch-politischen Ansatz zu sehen, welcher in den geordneten sozialen Welten der industriegesellschaftlichen und wohlfahrtstaatlichen Phase der Entwicklung westlicher Gesellschaften angemessen angewendet werden kann, aber sich als nicht ausreichend und an seine Grenzen stoßend unter den Bedingungen einer

Unter der »Politik des Multikulturalismus« ist wiederum kein Singular zu verstehen, sondern ein Mosaik an politischen Instrumenten ...

7 Wie die Indianer in den USA, Inuit in Kanada oder Sami in Schweden (Kymlicka 2007: 66).

8 Katalanen und Basken in Spanien, Waliser in Großbritannien oder Südtiroler in Italien (ebenda: 68).

9 »We then examined twenty-one established democracies to see which of these eight policies had been adopted. A country that had adopted six or more of these policies was classified as »strong« in its commitment to MCPs; a country that had adopted two or less of these policies was classified as »weak«; countries falling in between were categorized as »modest.« (Banting/Kymlicka 2006: 294). »Stark« multikulturalistisch sind die politische Systeme in Australien und Kanada, »moderat« sind die Politiken des Multikulturalismus in Ländern wie die USA, Großbritannien, Belgien, die Niederlande oder Schweden. Als »schwach« wird der politische Multikulturalismus in Österreich, Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Griechenland, Italien oder Japan bezeichnet (ebenda: 295).

»flüssigen« Spätmoderne erweist. So ist angesichts seiner politik-praktischen Dehnbarkeit auch mit einer Wiedergeburt des Multikulturalismus zu rechnen.

## II. KRITIK AM MULTIKULTURALISMUS

Einen guten Teil seines Bedeutungsgehalts als politisches, ideologisches und theoretisches Konzept bezieht der Multikulturalismus durch die zahlreichen Kritiken, welchen das Phänomen des Multikulturalismus und die konzeptuellen Reaktionen darauf bislang in Theorie und Praxis ausgesetzt sind.

Die Kritiken des Multikulturalismus haben nie bloß einen theoretischen Charakter, gerade weil der politische Multikulturalismus die gesellschaftliche Multikulturalität in einen politisch institutionalisierten Zustand überführt. In solchen Kritiken schwingen immer Konsequenzen mit, die über eine theoretische Begriffsarbeit hinausgehen und Problem- punkte von praktischer Relevanz aufgreifen. Insofern die Kritiken an Multikulturalismus politische Epistemologien, Argumentationen und Praktiken anvisieren, die zu institutioneller Realität geworden sind, sind diese Kritiken auch Gesellschaftskritiken, die den politischen Werdegang des Multikulturalismus in multikulturellen Gesellschaften zum Thema haben. Auch wenn Kritiken des Multikulturalismus nicht gerade das Paradebeispiel von Gesellschaftskritik darstellen, sind diese als eine gegenwärtige Spielart von Gesellschaftskritik zu verstehen, da in diesen verschiedene praktische, politische, jedenfalls außertheo-

retische Motivationen und Aspirationen einfließen, und die Kritiken nicht nur eine Reflexion beisteuern, sondern die Performanz von politischem Multikulturalismus beeinflussen wollen. Die Multikulturalismuskritiken sind Gesellschaftskritik im Sinne einer Hinterfragung von gesellschaftlicher Normalität und Normalisierung und richten sich gegen die Normalisierung der gesellschaftlichen Multikulturalität im Projekt des politischen Multikulturalismus.<sup>10</sup> Somit geraten solche Kritiken in die Ambivalenz, entweder zu behaupten, dass die Multikulturalität kein Normalzustand der Gesellschaft ist und daher der politische Multikulturalismus überflüssig ist, oder dass die Multikulturalität der einzig faktische Gesellschaftszustand ist, den aber das Projekt des politischen Multikulturalismus nicht zur Genüge in die Normalität der Gesellschaft überführen kann, hierzu also unausreichend und unangemessen ist.

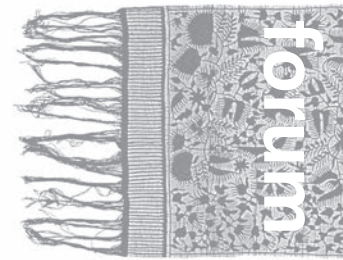
Es lassen sich drei Arten von Kritik am Multikulturalismus unterscheiden: die epistemologische (kategoriale), die normative und die funktionale Kritik.

Die *epistemologische* oder *kategoriale* Kritik attackiert die konzeptuelle Erfassung der gesellschaftlichen Multikulturalität. Dieser Strang von Multikulturalismuskritik wird meist von theoretischer Seite vorgebracht, wo auch die Sensibilität auf konzeptuelle Unstimmigkeiten am stärksten ausgeprägt ist. Mit der epistemologischen Multikulturalismuskritik

<sup>10</sup> Zur Theorie der Gesellschaftskritik siehe Honneth 2002, Bonß 2003, Jäggi/Wesche 2009, Lesse-nich 2009.

Insofern die Kritiken an Multikulturalismus politische Epistemologien, Argumentationen und Praktiken anvisieren, die zu institutioneller Realität geworden sind, sind diese Kritiken auch Gesellschaftskritiken ...





wird der erste theoretische Schritt zur politischen Anerkennung von Multikulturalität hinterfragt – nämlich die Erkennung eines Gesellschaftszustands als multikulturell – und werden somit die darauf rekurrierenden normativen Begründungen sowie die Implementierungen des politischen Multikulturalismus in Frage gestellt. Indem das Faktum der gesellschaftlichen Multikulturalität attackiert wird, wird auch die Notwendigkeit der Überführung dieses Faktums zum politisch institutionalisierten Multikulturalismus hinterfragt.

Die epistemologischen Multikulturalismuskritiken legen konzeptuelle, kognitive und methodologische Fehlgriffe bei der Erkennung der gesellschaftlichen Multikulturalität offen. Dem Multikulturalismus wird vorgeworfen, Differenz, Identität, Kultur als etwas Dinghaftes theoretisch verstanden und politisch institutionalisiert zu haben. Allem voran wird die sogenannte Essentialisierung von Kultur, Herkunft und Religion kritisiert, insofern diese ihres prozesshaften und offenen Charakters entledigt werden und nur noch »as finished objects (...) something one has and is a member of, rather than something one makes and reshapes through constant renewing activity« begriffen werden (Baumann 1999, S. 83f.) Die Essentialismuskritik ist die bekannteste und am öftesten geübte Form kategorialer Kritik. Manche Kritiken der Essentialisierung von Identität und Differenz richten ihren kritischen Impuls an die Konsequenzen von Essentialisierung für die Theorie und Praxis von Multikulturalismus. Wenn unter der Essentialisierung von Kultur die Konvertie-

rung partizipatorisch erworbener Identifikatoren der »Wir-Zugehörigkeit« zu teilnahmeunabhängigen und teilnahmeabweisenden Entitäten verstanden wird, hat eine derartige Verdinglichung von Kulturzugehörigkeit negative Auswirkungen auf die Teilnahme- und Verständigungsmöglichkeiten der Mitglieder multikultureller Gesellschaften und unterminiert dies die Bindungs- und Orientierungskraft von Identität und Differenz. Insbesondere wird dem politisch institutionalisierten Multikulturalismus mit seinen Zielgruppenbildungen vorgeworfen, den Gesellschaftsmitgliedern verdinglichende und entfremdende Identitätszuweisungen von oben herab aufzudrängen und dadurch Mitglieder von benachteiligten (kulturell, ethnisch, oder religiös definierten) Gruppen nicht nur als diejenige öffentlich anzuerkennen, die sie nicht sind und nicht sein wollen, sondern auch auf die falschen politischen Angebote und Maßnahmen zu setzen und zu Ergebnissen zu gelangen, die den eigenen Absichten und der eigentlichen Legitimation von Multikulturalismus widersprechen (Benhabib 2002, Young 1990).

Noch weiter geht die epistemologische Kritik von Anne Phillips, die einen Multikulturalismus ohne Kultur vorschlägt (Phillips 2007). Für Phillips ist die Reduktion von sozialer Vielfalt und sozialen Ausschlüssen auf kulturelle Unterscheidungen zwischen Gruppen eine Verzerrung des gesellschaftlichen Diversitätsbildes (ebenda: 15). Die gesellschaftliche Multikulturalität sollte demnach nicht als kulturelle Vielfalt, die es zu zelebrieren und zu

Für Phillips ist die Reduktion von sozialer Vielfalt und sozialen Ausschlüssen auf kulturelle Unterscheidungen zwischen Gruppen eine Verzerrung des gesellschaftlichen Diversitätsbildes.

... dass es aktuell zunehmend un-  
plausibel wird, von Identitäten  
zu reden, die das Leben von  
Gruppen definieren, orientieren  
und repräsentieren ...

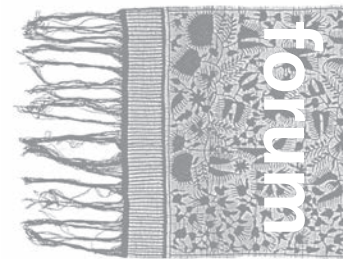
fördern gilt, sondern als Geflecht von Macht-differentialen zwischen verschiedenen Gruppen aufgefasst werden, welche nur zufällig mit Markierungen kultureller Zugehörigkeit zusammenfallen. Allerdings besteht eine der grundlegenden epistemologischen Evidenzen und normativen Überzeugungen der Politik des Multikulturalismus in der Annahme, dass zwischen kultureller Zugehörigkeit und sozio-ökonomischer Schlechterstellung, politischer Machtlosigkeit, Entrechtung und sozialer Unsichtbarkeit kein zufälliges Verhältnis besteht und dass die kulturelle Gruppenzugehörigkeit (oder Gruppenzuweisung), ohne eine Ursache zu sein, an solchen Formen sozialer Benachteiligung gekoppelt ist. In der Kritik von Phillips geraten Indikation (z.B. Kultur) und die Semantik dieser Indikation (Ungleichheit, Machtgefälle, Ausgrenzung, Abwertung usw.) in Konflikt und werden gegen einander ausgespielt.

Ähnlich können verschiedene theoretische Perspektiven kollidieren, die standortsbedingt von einer prinzipiellen Verflüssigung sozialer Identifikationen ausgehen und dann an einem anderen sozialen Standort die Essentialisierung von Kulturzugehörigkeit bemängeln, die dort struktur- und handlungslogisch bedingt ist. So wird die Essentialisierung von Kulturzugehörigkeit sozialanthropologisch kritisch aufgenommen, weil die Sozialanthropologie die faktische Vielfalt der Gesellschaft zum Gegenstand hat, wie sie im sozialen Nahbereich der Kommune, der Region vorkommt, und methodologisch auf den Fluss und das Zusammenspiel von Identitätsmerkmalen im sozialen

Nahbereich achtet (Grillo 1998, Baumann 1999). Dadurch aber, dass sozialanthropologisch die Diversität der »Kosmopolis« thematisiert wird, wird von dieser Perspektive aus die Erstarrung kultureller Unterschiede, wie dies im Sicht- und Handlungsfeld des sozialen Fernbereichs, der »Polis« oder der nationalstaatlich umrahmten Gesamtgesellschaft passiert, kritisiert (Weintraub 1997).

Eine weitere Form von epistemologischer Kritik an Multikulturalismus ist an den Gruppencharakter der wahrgenommenen Multikulturalität gerichtet. Der Gruppenbegriff spielt eine zentrale Rolle in der politischen Epistemologie des Multikulturalismus.<sup>11</sup> Wenn auch nicht explizit auf die Politik des Multikulturalismus bezogen und vielmehr um das Wiedererstehen von Nationalismen in Osteuropa besorgt, ist Roger Brubaker's Kritik an »groupism« – nämlich an der Tatsache, dass es aktuell zunehmend unplausibel wird, von Identitäten zu reden, die das Leben von Gruppen definieren, orientieren und repräsentieren – auch für den politischen Multikulturalismus zutreffend: »to take discrete, sharply differentiated, internally homogeneous and externally bounded groups as basic constituents of social life, chief protagonist of social conflict, and fundamental units of social analysis« (Brubaker 2002: 164). Hier besteht der kritische Punkt nicht darin, dass politische Institu-

11 Demnach sind kulturelle Gruppen »an intergenerational community, more or less institutionally complete, occupying a given territory or homeland, sharing a distinct language and history« (Kymlicka 1995: 18).



tionen (Ämter, Parteien oder Bewegungen) ethnische oder kulturelle Gruppen aus Eigeninteresse konstruieren, um die Mitglieder solcher Gruppen zu mobilisieren oder zu unterwerfen. Das Problem ist vielmehr, inwieweit solche politisch (und meist gruppenextern) erzeugten und aufgedrängten Gruppenkonstruktionen den im Selbstverständnis der Gruppenmitglieder verankerten Gruppenzugehörigkeiten und Gruppenabgrenzungen entsprechen oder diesen eher zuwiderlaufen, diese verstellen und manipulieren. Wie wenig man dem Gruppenmodus sozialer Existenz die Realität absprechen kann, bezeugt gerade die Anhänglichkeit von Klassifikationen wie »Ausländer«, »MigrantInnen«, »Personen mit Migrationshintergrund«, um welche gerade in den multikulturellen Gesellschaften der Gegenwart zahlreiche politische Konfliktlinien verlaufen, und welche – von außen aufgesetzt – nicht dem Selbstverständnis der derart bezeichneten Personen entstammen.

Genau hier setzen die *normativen* Kritiken an Multikulturalismus ein. Beispielhaft dafür sind die Argumentationen, die liberale (»liberal«) wie kommunitaristische (»non-liberal«) TheoretikerInnen des Multikulturalismus anführen für oder gegen die Überführung der gesellschaftlichen Multikulturalität in einen politisch institutionalisierten Multikulturalismus (Spinner-Halev 2008). Auch wenn das Erkenntnisbild von Multikulturalität und die politische Epistemologie des Multikulturalismus korrekt sind, lässt sich doch normativ die Frage stellen, ob die Überführung gesellschaftlicher Multikulturalität in die politischen Insti-

tutionen von Staat und Öffentlichkeit möglich und notwendig sei. So ist eine Einführung aller in einer Kommune gesprochenen Sprachen in das Bildungssystem organisatorisch oft kaum zu bewältigen. Eine verbindende Öffentlichkeitssphäre, die auch eine gemeinsame Sprachlichkeit voraussetzt, ist Vorbedingung liberal-demokratischer Politik und dadurch wichtig für die Realisierung von Zielen wie persönliche Autonomie oder kollektive Identität, die das politische Projekt des Multikulturalismus legitimieren (Miller 1995, Moore 2001).

Noch weiter gehen normative Kritiken, die die Frage stellen, ob die Legitimationsgründe von Multikulturalismus wie die persönliche Autonomie (für die liberalen Spielarten von Multikulturalismus), die Gruppenidentität und die kollektiven Lebenswelten (für die kommunitaristischen Varianten) oder die demokratische Legitimität tatsächlich jene Schlüsselbedeutung als Gründe zur politischen Berücksichtigung von Multikulturalität haben können, die ihnen zugeschrieben wird. Ebenso wird in diesem Zusammenhang angezweifelt, ob die Interventionen der Politik des Multikulturalismus (Banting/Kymlicka 2006) überhaupt ihre Verheißungen erfüllen können und ob ihre normativen Zielsetzungen nicht besser bedient sind durch den politischen Regelbetrieb liberal-demokratischer Staaten, ohne dass spezielle Arrangements multikulturalistischer Politik eingeführt werden müssen (Barry 2001).

*Funktionale* Kritiken an Multikulturalismus zeigen postfaktisch auf, dass der Multikulturalismus nicht so funktioniert, wie für die Ge-

So ist eine Einführung aller in einer Kommune gesprochenen Sprachen in das Bildungssystem organisatorisch oft kaum zu bewältigen.

sellschaft notwendig oder nutzbringend, und dieser die durch ihn geweckten Erwartungen enttäuscht. Funktionale Kritiken entstammen oft der Praxis und zeigen auf, dass das multikulturalistisch propagierte Miteinander von Kulturen dysfunktional ist und Probleme wie Desintegration und Stigmatisierung erzeugt.

Beispielhaft dafür ist die Position der deutschen Islamkritikerin Seyran Ates (Ates 2007), die das Funktionieren von Multikulturalismus für die Bildung von Parallelgesellschaften verantwortlich sieht und mit Insider-Thesen wie »Die Multikulti-Haltung ist naiv« (Ates 2008) reichlich Beifall erntet. Ähnlich weiß die vergleichende Studie von Ruud Koopmans zu berichten, dass multikulturelle Politiken in einigen europäischen Wohlfahrtsstaaten (Schweden, Belgien, Niederlande) zu unbeachteten Ergebnissen wie niedriger Arbeitsmarktpartizipation, räumlicher Segregierung oder einem vergleichsweise höheren Prozentsatz von Verhaftungen von Personen mit Migrationshintergrund führen (Koopmans 2010).<sup>12</sup> In ihrer bereits zitierten Studie über-

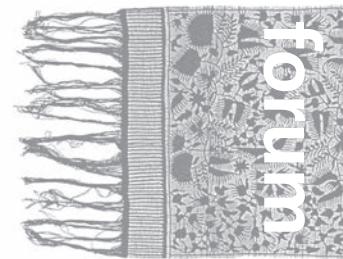
prüfen Banting und Kymlicka den Einwand »that the »multiculturalism« policies adopted to recognize or accommodate ethnic groups tend to further undermine national solidarity and trust« (Banting/Kymlicka 2006: 283) und auch dass die Politik des Multikulturalismus die Maßnahmen wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung unterminieren (ebenda: 297), um dann als Ergebnis ihrer Untersuchung festzustellen, dass die Politik des Multikulturalismus die Umverteilungssysteme und -maßnahmen nicht beeinträchtigt und sich auch nicht negativ auf das öffentliche Vertrauen in diese Systemen und Maßnahmen sowie auf die Solidaritätsverhältnisse zwischen deren Zielgruppen auswirkt (ebenda: 296 f.).

Ebenso auf eine Dysfunktionalität läuft der Einwand hinaus, die Politiken des Multikulturalismus würden die Umsetzung universaler Prinzipien liberaler Demokratie vereiteln und durch die Schutzstellung gruppenspezifischer Normen, die möglicherweise von alleine nicht mehr überlebensfähig gewesen wären oder die im Lichte der Menschenrechte oder Gleichstellungsnormen fragwürdig erscheinen, das Aufkommen unvereinbarer Partikularismen, die Fragmentierung und Destabilisierung der ohnehin sehr fragilen spätmodernen Gesellschaften des Westens fördern.<sup>13</sup> Vielmehr ist es jedoch so, dass der Förderbedarf für partikuläre Kulturen, Identitäten und Werte in der Politik des Multikulturalismus mit Bezug auf universale Prinzipien, wie die bereits er-

<sup>12</sup> Allerdings werden in der Studie Politiken als »multikulturell« bezeichnet und untersucht, die nicht zum Erwerb von Leitsprachen oder zum Aufbau von sozialen Beziehungen zwischen alteingessenen und neuzugewanderten Gruppen anregen, und daher nur einem Teil der von Banting und Kymlicka als »multikulturell« katalogisierten und analysierten Maßnahmen entsprechen. Also sind die »Politiken des Multikulturalismus« in empirischen Studien, die deren funktionalen Effekte untersuchen, wie im Falle von Banting/Kymlicka 2006 und Koopmans 2010, durchaus nicht gleicher Art, und ihre Ergebnisse daher schwer vergleichbar.

<sup>13</sup> Darüber ist der Band *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung* (Taylor 1993) weiterhin aufschlussreich.

Ebenso auf eine Dysfunktionalität läuft der Einwand hinaus, die Politiken des Multikulturalismus würden die Umsetzung universaler Prinzipien liberaler Demokratie vereiteln ...



wähnten (persönliche Autonomie, kollektive Identität oder demokratische Repräsentation), erkannt und legitimiert wird.<sup>14</sup>

Nicht unerwähnt bleiben soll eine letzte Variante von Kritik am Multikulturalismus, die hier als »Regressionskritik« bezeichnet werden kann. Solche Kritiken behaupten, dass die Politik des Multikulturalismus nicht nur keinen Fortschritt gegenüber ihrem direkten Widerpart – die nationalstaatlichen Assimilationspolitiken – erzielt haben, sondern unbeabsichtigt sogar einen Rückschritt hin zu politischen Epistemologien und Praktiken des Rassismus bewirkt haben.

Kenan Malik befindet in einem aufsehen-erregenden Aufsatz, dass die Frage »Ist der Multikulturalismus ein Rassismus?« mit »Ja« beantwortet werden muss.<sup>15</sup> Malik argumentiert, dass die Pointe des politischen Multikulturalismus – die kulturelle Vielfalt einer Gesellschaft angemessen politisch zu institutionalisieren, um sie zu garantieren und zu schützen – nicht ohne eine Verdinglichung und Biologisierung von »Kultur« und »Identität« auskomme (Malik 2008: 1049 f.). Der so

aufgefasste Multikulturalismus bietet demnach nicht überlebensfähigen kulturellen Überlieferungen Schutz aufgrund des kontingenten Faktums »biologischer Abstammung« und laufe auf eine Politik der Sonderbehandlung von Personen aufgrund ihrer »biologischen Abstammung« hinaus: »und biologische Abstammung ist eine höfliche Art, »Rasse« zu sagen« (ebenda: 1049).

Es seien hier zwei Punkte hervorgehoben. Die multikulturalistische Schutzstellung gegenüber der kulturellen Vielfalt ist nicht in einer inhärenten Unfähigkeit zum Überleben von Kulturen begründet. Vielmehr werden externe Gefahren und systemische Bedrohungen der Reproduktion von minoritären oder marginalen kulturellen Gruppen anvisiert, welche etwa den nationalstaatlichen oder kapitalistisch-ökonomischen Prägungen der westlichen Gesellschaften entwachsen und sich in der Herausbildung politisch gestützter Leitwerte, -sprachen, -kulturen oder auch in Verwertungsimperativen, die mit Kultur oder kultureller Vielfalt wenig anzufangen wissen, manifestieren.

Aber auch die argumentative Verkettung von »Kultur«, »Überlieferung«, »biologische Abstammung« und »Rasse«, auch wenn es sich um eine ungewollte Verwechslung der Etiketten handeln sollte, wird mit Hilfe heftiger Gedankensprünge vorgenommen. Neben der Frage, was überhaupt biologische Abstammung mit »Rasse« zu tun hat,<sup>16</sup> ist es schwer nachvollziehbar, wie die Überlieferung von

Die multikulturalistische Schutzstellung gegenüber der kulturellen Vielfalt ist nicht in einer inhärenten Unfähigkeit zum Überleben von Kulturen begründet.

<sup>14</sup> Manche Proponenten multikulturalistischer Politik antworten auf diese Art von Kritik, indem sie die Universalität der Prinzipien hinterfragen, die oft in Konflikt mit den Legitimationen und Ergebnissen des politischen Multikulturalismus gesehen werden (Taylor 1993). Zur Diskussion über Universalität und Partikularität in Zusammenhang mit den politischen Forderungen benachteiligter sozialer Gruppen siehe auch Butler et al. (2000).

<sup>15</sup> Original in *New Humanist* erschienen, wurde der gleichnamige Aufsatz von Malik auch in *Merkur* und *Eurozine* wiederabdruckt und ins Deutsche übersetzt.

<sup>16</sup> Für wen hat überhaupt die biologische Abstammung mit »Rasse« zu tun außer für Rassisten?



Die Überlieferung, die zur Weiterführung des kulturellen Erbes verpflichtet, die verloren gehen kann und unter drohenden Bedingungen Schutz benötigen kann, ist kein biologisches, sondern ein geistiges Faktum.

Kultur und Identität auf ein biologisches Faktum reduzierbar sein kann. In der kulturellen Überlieferung sind natürlich biologische Fakten involviert, diesen kommt aber nicht die Bedeutung zu, die Malik der »biologischen Abstammung« als den prägendsten Mechanismus kultureller Überlieferung zuweist.<sup>17</sup> Die Überlieferung, die zur Weiterführung des kulturellen Erbes verpflichtet, die verloren gehen kann und unter drohenden Bedingungen Schutz benötigen kann, ist kein biologisches, sondern ein geistiges Faktum. Und als solches ist dieses eben nicht verfestigt, sondern auf bewusste Weiterführung angewiesen.

Das Beispiel der Regressionskritik von Kenan Malik wirft die Frage auf, ob solche Kritiken dem Kritikgegenstand – Multikulturalismus – Biologisierung und »Rassismus« attestieren, nachdem sie ihm die Zutaten der Biologisierung und »Rassismus« selbst beigelegt haben.

### III. VON »MULTIKULTURALITÄT« ZUR »DIVERSITÄT«

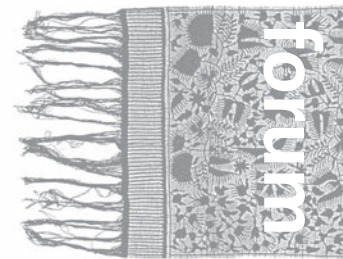
Multikulturalistische Politikversuche, die auf europäischem Boden oft nicht mehr als Pilotcharakter haben, dafür aber öffentliche Kritik auf sich ziehen als handele sich um jahrhundertelange politische Regime, lassen sich grundsätzlich wegen ihres Versuchs in Frage stellen,

<sup>17</sup> Mehr Klarheit darüber, wo in der Überlieferung kultureller Inhalte die Grenze zwischen Natur und Kultur verläuft, kann Michael Tomasello's Werk *Die kulturelle Entwicklung des menschlichen Denkens* (2006) verschaffen.

die Vielfalt der Gesellschaft politisch steuern zu wollen, was angesichts der Fülle von Theorien und Diagnosen zu »reflexiver Modernisierung« (Beck et al. 2007), »flüchtiger Moderne« (Bauman 2007) oder akzelerierter »Spätmoderne« (Rosa 2005) nur noch als ein aussichtsloses Vorhaben erscheinen kann.

Aber auch Diagnosen zur spätmoderner Staatlichkeit (Rosa 2005: 391ff., Lessenich 2009: 148 ff.) liefern genug Gründe für Skepsis gegenüber den Möglichkeiten einer Politik des Multikulturalismus. Vor dem Hintergrund solcher Einwände wird klar, warum bereits Formeln von »post-multikulturalistischer« Politikgestaltung in Umlauf kommen, wie dies in den Ansätzen des »Diversity-Management« im wirtschaftlichen und zunehmend verwaltungspolitischen Bereich bereits der Fall ist.

Diese Analyse möchte ich aber mit einer Rückkehr zum Unbehagen abschließen, das in den bereits angeführten kritischen Diskussionen zu verorten ist. Es handelt sich um die Frage, ob die gesellschaftliche Multikulturalität, welche Institutionen und Politiken des Multikulturalismus registrieren und fördern, der gesellschaftlichen Vielfalt entspricht und diese ausschöpft, und ob dadurch nicht wichtige Formen von Andersheit und zentrale Pfade sozialer Differenzierung völlig außer Acht gelassen werden. Anders gefragt, ob die Multikulturalität nicht ein reduziertes Bild gesellschaftlicher Vielfalt wiedergibt, die Personen und Gruppen im Alltag vor praktische Probleme wie Ausschluss, Missachtung, Diskriminierung oder Misshandlung stellt, nur weil diese besondere Eigenschaften vorwei-



sen, die nicht nur solche negative Reaktionen hervorrufen, sondern darüber hinaus nicht einmal multikulturalistisch-politisch für förderwürdig erkannt und anerkannt werden.

All den kritischen Positionen eines Multikulturalismus ohne »Ethnie« (Hollinger), ohne »Kultur« (Phillips) oder auch der Superdiversität (Vertovec) ist die Vorstellung gemeinsam, dass ganzheitliche Identifikationssysteme wie Ethnie, Kultur oder Gruppe im Allgemeinen nicht mehr als geschlossen und verdinglicht, als voneinander abgeschottet und nebeneinander (gelegentlich gegeneinander) existierend vorzustellen sind, sondern als offene, interagierende, kommunizierende, ineinander übergehende, sich gegenseitig verändernde Systeme sozialer Identifikation – daher auch die Prädikationen wie post-, trans-, oder »ohne Kultur«, »Superdiversität«.<sup>18</sup> Diese kritischen Stellungnahmen nähren den Verdacht, dass sich Kategorien wie »Kultur« oder »Herkunft« als zu hochschwellige Indikationen von Andersheit erweisen könnten, die die Umbruchlinien vieler der real existierenden und politisch relevanten Differenzen ignorieren und verdecken.

Bei den Identifikatoren von Differenz, die wie Herkunft, Kultur, Religion, Staatsbürger-

<sup>18</sup> Diesen theoretischen und politischen Neologismus verdeutlicht Ulrich Beck treffend: »Der Begriff (super)diversity bringt, in gewissem Sinne die Unmöglichkeit zur Sprache, klare Zuordnungen vorzunehmen, diese oder jene Identität zuzuschreiben und die Kategorien zu essentialisieren.« Aus einem Interview mit Ulrich Beck geführt von Karen Schönwälder. ([http://www.mmg.mpg.de/Spezieller\\_output/Interviews/Beck\\_2009/index.html](http://www.mmg.mpg.de/Spezieller_output/Interviews/Beck_2009/index.html)).

schaft in den Politiken des Multikulturalismus bemüht werden, handelt es sich um Generalisierungen und Idealisierungen, die als Indikationen verschiedener ganzheitlicher historischer, politischer und kultureller Narrative und Bedeutungszusammenhänge angesehen werden. Nur solche Identitätskomplexe, die die individuelle wie kollektive Orientierung und Sinnstiftung aus einem ganzheitlichen Beschreibungs- und Erklärungszusammenhang beziehen, werden multikulturalistisch als bedeutsam für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Zugehörigkeit angesehen. Und es ist nicht notwendig, dass Indikationen wie »Herkunft« oder »Staatsbürgerschaft« die Komplexität und Kohärenz der entsprechenden Systeme von Zugehörigkeit und Teilhabe vorstellbar machen. Die Vermutbarkeit von identifikatorischer Komplexität, Kohärenz und Tiefe ist in solchen Bezeichnungen bereits mittransportiert. Dabei wird nicht politisch behauptet, dass Herkunft oder Staatsbürgerschaft als Identitätskomplexe individueller wie kollektiver Orientierung und Sinnstiftung wirklich einen hohen Stellenwert für die Lebensführung haben, sondern wird es damit die Tatsache ausgedrückt, dass in den westlichen liberal-demokratischen Gesellschaften Herkunft oder Staatsbürgerschaft zu Gründen für individuelle oder kollektive Benachteiligung, Ausgrenzung und Diskriminierung geworden sind.

Nichtsdestotrotz belegen die aktuellen Entwicklungen der Integrationspolitik für MigrantInnen oder auch die Ausrichtung alltäglicher Integrationsarbeit mit MigrantInnen,

... dass ganzheitliche Identifikationssysteme wie Ethnie, Kultur oder Gruppe im Allgemeinen nicht mehr als geschlossen und verdinglicht, als voneinander abgeschottet und nebeneinander (gelegentlich gegeneinander) existierend vorzustellen sind, sondern als offene, interagierende, kommunizierende, ineinander übergehende, sich gegenseitig verändernde Systeme sozialer Identifikation.

dass holistische Identifikatoren wie Kultur, Herkunft oder Religion, die im Multikulturalismus Berücksichtigung finden, allmählich ihre deskriptive und explikative Relevanz verloren haben. An allererster Stelle sind Integrationsmaßnahmen – oft rhetorisch als quasi-Verträge zwischen Aufnahmegesellschaft und ZuwanderInnen verpackt – um die Förderung von Sprachkenntnissen bemüht (Penninx u. a. 2004). Dabei wird Sprache als Instrument der Verständigung,<sup>19</sup> also als Merkmal eines sozialen Bedürfnisses und keinesfalls als die Aneignung eines ganzheitlichen Identifikationssystems, das in dieser Sprache angelegt ist, angesehen.

Vor allem aber setzt sich in den Politiken des Diversitätsmanagements, die seit Mitte der 1980er Jahre im privatwirtschaftlichen Sektor in den USA eingesetzt haben und sich langsam in anderen Ländern und Kontinenten und auf andere gesellschaftliche Sektoren ausgebreitet haben (Dobbin/Kelly 2001), ebenso wie im programmatischen Begriff der »Diversität« eine andere Auffassung und Diagnostik gesellschaftlicher Vielfalt durch. Hier werden bewusst auch niederschwellige, alltägliche, fragmentierte oder bedürfnisbezogene Differenzmerkmale von Personen oder Gruppen als bedeutsam für den gesellschaftlichen Zu-

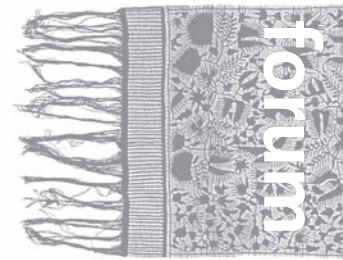
sammenhalt und für die Zugehörigkeit behandelt, oder zumindest als potentielle Auslöser von Diskriminierung angesehen. So operiert das Diversitätsmanagement mit Indikationen von Andersheit, die weder (hoch)kulturell oder (hoch)politisch als Identitätsmerkmale definiert sind, noch in ganzheitlichen Bedeutungszusammenhängen eingebaut sind, auf welche die Identifikationskraft ganzheitlicher Identifikatoren wie Herkunft, Kultur, Religion, Staatsbürgerschaft gestützt ist.<sup>20</sup> Vielmehr wird der diagnostische Fokus mit der Kategorie der »Diversität« auf alltägliche und fragmentierte Differenzierungen gelenkt, die soziale Lebenslagen und weniger soziale Identitäten anvisieren und deren integrationspolitische Förderwürdigkeit eher situativ bestimmt ist.

Mehr und mehr, so die Diagnose der Diversität, rücken entkoppelte Fragmente holistischer Identitätskomplexe wie Sprache (als Verständigungsmittel und nicht als kultureller Narrativ) oder Religion (Bekleidung, Diäten) ins Zentrum sozialer Anerkennungskämpfen und politischer Aushandlungen. Ebenso übernehmen zunehmend soziale Bedürfnisse wie z. B. um die Anerkennung von Qualifikationen oder die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben (*work-life balance*) sowie auch atmosphärische Markierungen von visuellen oder akustischen Andersheit (wie Hautfarbe, Name oder Aussprache) die Bedeutung von

19 Dass Sprache so verstanden und politisch gefördert wird, ist sowohl programmatischen Dokumenten auf supranationaler Ebene (z. B. das EU-Bildungsprogramm für Lebenslanges Lernen bis 2013) als auch Konzepten, Leitbildern oder Anleitungen zur Sprachförderung auf nationaler oder regionaler Ebene (Faistauer u. a. 2006) zu entnehmen.

20 Es ist nicht zufällig, dass dieser Ansatz zur Förderung sozialer Vielfalt und Bekämpfung von Diskriminierung in der Wirtschaft entstanden ist und dort weiterhin die größte Verbreitung hat.

Vielmehr wird der diagnostische Fokus mit der Kategorie der »Diversität« auf alltägliche und fragmentierte Differenzierungen gelenkt, die soziale Lebenslagen und weniger soziale Identitäten anvisieren.



zentralen Bruchlinien. Solche postkonventionale (weil über die Konventionen multikulturalistischer, antidiskriminierungspolitischer Nomenklaturen hinausgehend), post-politische (weil bis vor kurzem nicht als politisch geltend) oder post-moderne (weil nicht den gesellschaftlichen Spaltlinien der »klassischen Moderne« entsprechend) Identifikatoren sind in ihrer kohäsions- und inklusionspolitischen Relevanz den klassischen *grand divides* wie Herkunft, Kultur, Religion, Staatsbürgerschaft ebenbürtig, wenn sie nicht diese bereits abgelöst haben.

Die politische Epistemologie und Diagnostik postmultikulturalistischer Politikansätze wie das Diversitätsmanagement macht auf Bestandteile sozialer Vielfalt aufmerksam, die die

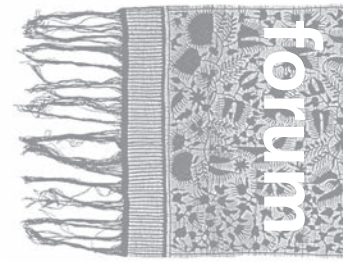
Politiken des Multikulturalismus ausblenden und somit ihrer eigenen Absicht und Legitimation – die gesellschaftliche Vielfalt politisch-institutionell anzuerkennen – zuwiderhandeln. Solchen post-multikulturalistischen Entwicklungen ist der kritische Einwand inhärent, dass die Politik des Multikulturalismus die gesellschaftliche Vielfalt, um die es ihr eigentlich gehen sollte, massiv beschneidet und unkritisch nur auf wenige kontrolltechnisch- und massenmedialtauglichen Identitätsformen setzt, deren Selektierung nur noch mit seichten Begründungen vornimmt, eine Vielzahl an Ansprüchen unbeachtet lässt und dadurch die Konfliktdynamik der gegenwärtigen Gesellschaften von Einwanderung und (Super-)Diversität noch mehr anheizt.

#### LITERATUR

- ATES, Seyran, 2007: *Der Multikulti-Irrtum - Wie wir in Deutschland besser zusammenleben können*. Berlin
- ATES, Seyran, 2008: »Die Multikulti-Haltung ist naiv«. Interview mit Gerald John, *Der Standard*, 25. April 2008
- BANTING, Keith/KYMLICKA, Will, 2006: *Immigration, Multiculturalism, and the Welfare State*. In: *Ethics & International Affairs*, Vol. 20, 2006, pp. 281–304
- BARRY, Brian, 2001: *Culture and Equality: Egalitarian Critique of Multiculturalism*. Cambridge, Mass.
- BAUBÖCK, Rainer, 2006: *Multiculturalism*. In: Austin Harrington, Barbara Marshall, Hans-Peter Müller (eds.), *Routledge Encyclopedia of Social Theory*, London/New York, S. 382–384
- BAUMAN, Zygmunt, 2007: *Leben in der Flüchtigen Moderne*. Frankfurt/M
- BAUMANN, Gerd, 1999: *The Multicultural Riddle. Rethinking National, Ethnic, and Religious Identities*. London/New York
- BECK, Ulrich / GIDDENS, Antony / LASH, Scott, 2007: *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt/M

- BENHABIB, Seyla, 2002: *The Claims of Culture. Equality and Diversity in the Global Era*. Princeton
- BONSS, Wolfgang, 2003: *Warum ist die Kritische Theorie kritisch? Anmerkungen zu alten und neuen Entwürfen*. In: Alex DEMIROVIC (Hg.): *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie*, Stuttgart, S. 366–393
- BRUBAKER, Rogers, 2002: *Ethnicity Without Groups*. In: *European Journal of Sociology*, 43, 2, (2002), pp. 163–189
- BUTLER, Judith / LACLAU, Ernesto / ŽIŽEK, Slavoj, 2000: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London
- BUTLER, Judith, 2000: *Restaging the Universal. Hegemony and the Limits of Formalism*. In: Judith Butler / Ernesto Laclau / Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. Verso, London, S. 11–44
- CCSG (CHICAGO CULTURAL STUDIES GROUP), 1994: *Critical Multiculturalism*. In: David Theo GOLDBERG (ed.): *Multiculturalism. A Critical Reader*, Oxford, S. 114–140
- DER STANDARD, 2010: »Wir wollen keine Parallelgesellschaften«. Interview mit Michael Spindelegger, *Der Standard*, 06/07. März 2010
- DOBBS, Frank / KELLY, Erin, 2001: *How Affirmative Action Became Diversity Management. Employers Response to Antidiscrimination Law, 1961–1996*. In: John David Skretny (ed.): *Color Lines. Affirmative Action, Immigration and Civil Rights Options for America*. Chicago, pp. 87–118
- FAISTAUER, Renate u. a., 2006: *RahmenCurriculum: Deutsch als Zweitsprache & Alphabetisierung*. Erarbeitet im Auftrag der MA 17 der Stadt Wien, Wien
- GRILLO, Ralph, 1998: *Pluralism and the Politics of Difference. State, Culture, and Ethnicity in Comparative Perspective*. Oxford
- HOLLINGER, David, 2006: *Postethnic America: Beyond Multiculturalism*. New York, (1<sup>st</sup> Edition 1995).
- HONNETH, Axel, 2002: *Idiosynkrasie als Erkenntnismittel. Gesellschaftskritik im Zeitalter des normalisierten Intellektuellen*. In: Axel Honneth: *Pathologien der Vernunft*. Frankfurt/M., S. 219–234
- JÄGGI, Rachel / WÄSCHE, Tilo, (HglInnen.) 2009: *Was ist Kritik?* Frankfurt/M
- KALOIANOV, Radostin, 2008: *Affirmative Action für MigrantInnen? Am Beispiel Österreich*. Wien
- KARAKAYALI, Serhat: *Multikulturalismus: Die Caprifischer schlagen zurück*. <http://www.kanak-attak.de/ka/text/caprifischer.html> (Stand Februar 2009)
- KOOPMANS, Ruud, 2010: *Trade-Offs between Equality and Difference: Immigrant Integration, Multiculturalism and the Welfare State in Cross-National Perspective*. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 36, 1, pp. 1–26
- KYMLICKA, Will, 1995: *Multicultural Citizenship*. Oxford
- KYMLICKA, Will, 2001: *Politics in the Vernacular: Nationalism, Multiculturalism, and Citizenship*. Oxford
- KYMLICKA, Will, 2007: *Multicultural Odysseys. Navigating the New International Politics of Diversity*. Oxford
- LESSENICH, Stephan, 2009: *Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft*. In: Klaus DÖRRE / Stephan LESSENICH / Hartmut ROSA: *Soziologie-Kapitalismus-Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt/M., S. 126–181





- MALIK, Kenan, 2008: *Ist der Multikulturalismus ein Rassismus*. in: Merkur 62 Jg, 714, Nov. 2008, S. 1048–1051 und auch unter <http://www.eurozine.com/articles/2008-11-05-malik-de.html> abrufbar. Englisch Original: *Mistaken Identity*, in: New Humanist 7/2008
- MILLER, David, 1995: *On Nationality*. Oxford
- MOORE, Margaret, 2001: *The Ethics of Nationalism*. Oxford
- PENNINX, Rinus u. a., 2004: *Citizenship in European Cities: Immigrants, Local Politics and Integration Policies*. Aldershot
- PHILLIPS, Anne, 2007: *Multiculturalism Without Culture*. Princeton
- ROSA, Hartmut, 2005: *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt/M
- SPINNER-HALEV, Jeff, 2008: *Multiculturalism and Its Critics*. In: John S. DRYZEK / Bonnie HONIG / Anne PHILLIPS (eds.): *The Oxford Handbook of Political Theory*. Oxford, pp. 546 – 564
- SPIVAK, Gayatri Chakravorty, 1998: *Can the Subaltern Speak?* In: Cary NELSON / Lawrence GROSSBERG (eds.): *Marxism and the Interpretation of Culture*, Urbana & Chicago, S. 271–317
- TAYLOR, Charles, 1993: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*. Mit Kommentaren von Amy Gutmann, Steven C. Rockefeller, Michael Walzer und Susan Wolf. Mit einem Beitrag von Jürgen Habermas. Frankfurt/M
- TOMASELLO, Michael, 2006: *Die kulturelle Entwicklung des menschlichen Denkens: Zur Evolution der Kognition*. Frankfurt/M
- VERTOVEC, Steven / WESSENDORF, Susanne, 2005: *Migration and Cultural, Religious and Linguistic Diversity in Europe: An overview of issues and trends*. Centre on Migration, Policy and Society, Working Paper No. 18, University of Oxford
- VERTOVEC, Steven, 2007: *Super-diversity and its implications*. In: Ethnic and Racial Studies 29(6), S. 1024–54
- WEINTRAUB, Jeff, 1997: *The Theory and Politics of the Public/Private Distinction*. In: Jeff WEINTRAUB / Krishan KUMAR (eds.): *Public and Private in Thought and Practice: Perspectives on a Grand Dichotomy*, Chicago, S. 1–43
- YOUNG, Iris Marion, 1990: *Justice and the Politics of Difference*. Princeton